افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مبـــاد بدین بوم و بر زنده یک تن مــباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com afgazad@gmail.com

European Languages	زبانهای اروپائی

Von Julieta Daza, Caracas
06.03.2021

Kein Frieden in Kolumbien

Neue Angriffe der Armee auf Guerilla. Dissidentengruppen der früheren FARC erhalten Zulauf

courtesy Colombian Presidency/Handout via REUTERS

Kolumbiens Präsident Iván Duque (M.) und hohe Militärs bei der Einweihung einer neuen Armeeeinheit in Tolemaida (26.2.2021)

Trotz des vor über vier Jahren geschlossenen Friedensabkommens, nimmt der Krieg in Kolumbien kein Ende. Am Mittwoch schrieb Verteidigungsminister Diego Molano über einen Angriff des Militärs im ländlichen Bundesstaat Guaviare, es habe sich um einen Kampf mit einer Dissidentengruppe der früheren Guerillaorganisation FARC-EP gehandelt. Zuvor waren laut der kolumbianischen Zeitung *El Tiempo* zehn Guerillakämpfer getötet und drei verletzt und gefangengenommen worden. »Diese Drogenhändler und Kriminellen sind verantwortlich für die Rekrutierung Minderjähriger,

für Angriffe auf Sicherheitskräfte, Entführungen und illegalen Bergbau«, schrieb Molano dazu am Mittwoch.

Diese Art der Vorwürfe ist nicht neu. Seit den 1960er Jahren, als sich sowohl die FARC-EP (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee) als auch die Nationale Befreiungsarmee (ELN) gründeten, versuchen rechte und US-hörige Regierungen – wie die aktuelle unter Präsident Iván Duque – diese linken Guerillaorganisationen unter anderem als »Kriminelle« oder »Terroristen« zu delegitimieren.

Die FARC-EP, die hauptsächlich von Mitgliedern der Bauernbewegung und der kommunistischen Partei, die eine Agrarreform forderten, gebildet worden war, war bis Ende 2016 die größte und älteste Guerilla Lateinamerikas. Damals schloss die FARC-EP ein Friedensabkommen mit der Regierung Kolumbiens ab. Die Mehrzahl der Kämpferinnen und Kämpfer, etwa 13.000, gab ihre Waffen ab, die Guerillaorganisation wurde zu einer politischen Partei. Allerdings gab es seit Beginn der Friedensgespräche 2012 kleinere Gruppen der FARC, die sich dem widersetzten.

Im Sommer 2019 beispielsweise kündigten mehrere frühere Comandantes per Videobotschaft ihre Rückkehr zum bewaffneten Kampf an. Unter ihnen zwei der wichtigsten Sprecher der FARC-Delegation während des Friedensdialogs, »Iván Márquez« und »Jesús Santrich« (Kampfnamen). Sie warfen dem Staat vor, sich nicht an den Friedensvertrag gehalten zu haben. Laut dem kolumbianischen Geheimdienst sind bereits 5.000 Kämpferinnen und Kämpfer den verschiedenen Dissidentengruppen der früheren Guerilla beigetreten, wie das Wochenmagazin *Semana* Anfang Februar berichtete.

Zuletzt meldete sich Márquez im Januar mit einem fast zehnminütigen Video zurück. Darin kritisiert er den rechten Staatschef Duque scharf und prangert dessen Verstrickung in Korruption und Drogenhandel an, er verurteilt den Bruch des Friedensabkommens sowie den fatalen Umgang der rechten Regierung mit der Coronapandemie. Abschließend rief Márquez zu einer »Mobilisierung und der Einheit der Bevölkerung und der sozialen und politischen Bewegung in einer großen Koalition demokratischer Kräfte« auf.

Doch auch innerhalb der Partei wird der neue Kurs diskutiert. Im Januar war auf einem Parteitag in Medellín entschieden worden, den Namen FARC – was seit dem

Friedensabkommen für »Alternative revolutionäre Kraft der Gemeinschaftlichkeit« (Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común) stand – in Comunes umzubenennen, übersetzt etwa die »Gemeinschaftlichen« oder »Einfachen«. Sandra Ramírez, Senatsabgeordnete der Partei, hatte bereits vor dem Treffen in einem Interview gegenüber dem Radiosender *La FM* erklärt, so sollten »Verwechslungen mit Dissidentengruppen« vermieden werden.

Nicht alle sind damit einverstanden. Bereits vor dem Parteitag wurde der Vorwurf laut, die Führung zeige »autoritäre« Anwandlungen. Schon im vergangenen Jahr wurden der Vorsitzende Rodrigo Londoño (Kampfname »Timoleón Jiménez«) und sein Umfeld dafür kritisiert, einzelne Mitglieder ohne angemessenes Verfahren aus der Partei ausgeschlossen zu haben, weil sie sich öffentlich über die eklatanten Mängel bei der Umsetzung des Friedensabkommens ausgesprochen hatten. Gründe dafür gibt es allemal: Seit 2016 wurden mehr als 250 frühere FARC-Kämpfer ermordet. Auch vier Jahre nach Unterzeichnung des Vertrages gibt es täglich Berichte über Gewalt gegen linke Aktivisten, Menschenrechtsverteidiger und Mitglieder sozialer Bewegungen.

Junge Welt 05.03.2021